

Zuerst nehmen, dann gönnerhaft geben – wie die Wiener Stadtregierung die Bürger hinters Licht führt

Während in ganz Österreich auf Grund der Inflation das Leben zusehends teurer wird, dreht die Wiener Stadtregierung noch bewusst an der Gebührenschaube, erhöht die Mieten im Gemeindebau und schreckt auch vor einer Verteuerung des Fernwärmepreises um 92 Prozent nicht zurück.

In bester Sozi-Manier den Wienern den letzten Cent aus der Tasche zu ziehen und sich dann als Gönner hinzustellen und ein „Entlastungspaket“ zu präsentieren, das am Ende wieder von der Bevölkerung gezahlt werden muss, ist ein Pflanz sondergleichen. Durch die permanenten Steuer-, Abgaben und Mieterhöhungen die Ludwig skrupellos durchgezogen hat, wurden die Wiener überhaupt erst in diese prekäre Situation gebracht und viele in die Armut getrieben. SPÖ-Bürgermeister Ludwig ist das wahre Gesicht des klassischen Sozialismus - zuerst Abhängigkeiten schaffen und dann die hohen Kosten zu einem Bruchteil mit milden Gaben zurückgeben.

Als dringend benötigte PR-Maßnahme wurde von Ludwig und Hanke der „Wiener Energiebonus 2022“ aus dem Hut gezaubert. 130 Millionen Euro sollen den Wienern unter dem Deckmantel der Energieentlastung zurückgeben werden, anstatt der drohenden Preiserhöhung der Fernwärme sofort eine klare Absage zu erteilen. Wir Freiheitliche fordern eine eigene Wiener Entlastung um 600 Euro für jede Wienerin und jeden Wiener. Finanziert werden soll diese Entlastung durch die Gewinne von Wien Energie und Wiener Stadtwerke. Eine Analyse durch Finanzexperten hat ergeben, dass sich der Gewinn der Wien Energie von 510 Millionen Euro im Jahr 2020 auf 912 Millionen Euro im Jahr 2021 fast verdoppelt hat. Der Mutterkonzern der Wien Energie, die Wiener Stadtwerke, hat in diesem Jahr einen Gewinn von 250 Millionen Euro erwirtschaftet.

Es ist für uns unfassbar, dass rote Manager über eine Milliarde Gewinn machen, trotzdem die Fernwärmepreise verdoppeln und die Wiener Haushalte dadurch um 540 Euro belasten. Wir verlangen daher einen sofortigen Beschluss, dass diese Gewinne mittels Ausschüttung in einen Sondertopf kommen und dem Budget zugeführt werden. Wir sprechen hier von rund 1,2 Milliarden Euro, also für jeden Wiener 600 Euro pro Jahr.

Euer

Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... über 60 Prozent der Kinder in Wien beim Schuleintritt nicht ausreichend Deutsch können?

Bleib´ auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Sozialleistungen müssen den Wienern vorbehalten sein

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien



Der Zuwanderungsstrom nach Wien reißt nicht ab – und das darf niemanden wundern! Während SPÖ-Landeshauptmann Droschitz von täglich 250 Aufgriffen sogenannter Flüchtlinge an der burgenländischen Grenze zu Ungarn spricht und Integrationsministerin Susanne Raab von der ÖVP heuer mit 50.000 Asylanträgen rechnet, zahlen die Wiener Roten weiterhin hohe Sozialleistungen an Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte aus.

Über 60 Prozent der Wiener Mindestsicherungsbezieher sind bereits keine Österreicher, die Gemeindebauwohnungen sind zum größten Teil ebenfalls für diese Personengruppe reserviert. Wer nach Wien kommt, über den wird das Füllhorn an Sozialleistungen ausgeschüttet, während die arbeitende österreichische Bevölkerung für diese Kosten aufkommen muss.

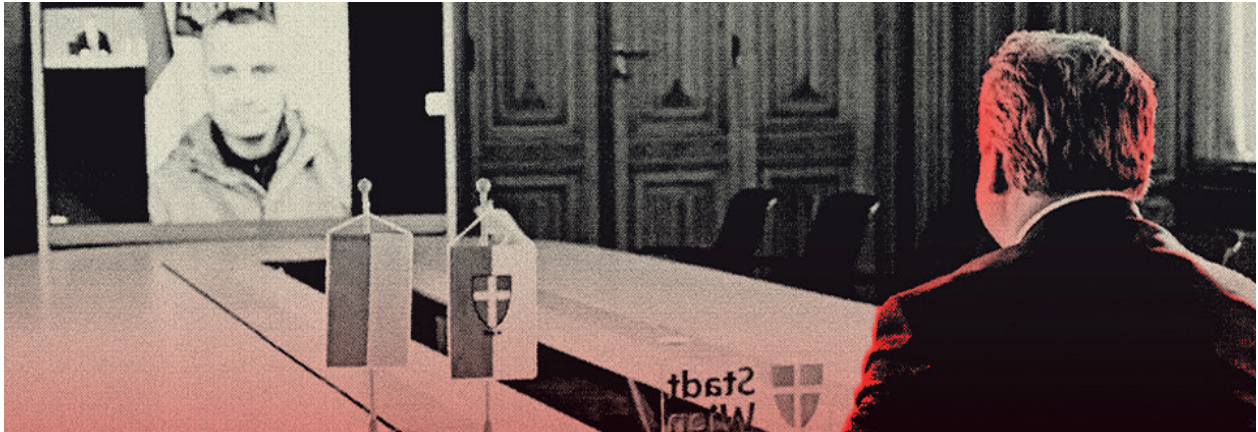
In Wien geht die rot-pinke Stadtregierung sogar soweit, auch jenen weiter die Taschen zu füllen, die entweder straffällig geworden sind oder denen bereits ihr Asylstatus aberkannt wurde. Wenig verwunderlich also, dass sich junge Männer vornehmlich aus dem arabischen Raum bevorzugt in Wien niederlassen wollen.

Diese Männer schrecken auch nicht davor zurück, Frauen im öffentlichen Raum sexuell zu belästigen. Solch, für die Opfer traumatisierende Übergriffe, sind zuletzt beim Wiener Donauinseldorf geschehen, wo zwei Syrer von der Polizei geschnappt werden konnten. Allerdings wurden sie auf freiem Fuß angezeigt – unverständlich und ein Hohn für die Opfer!

Wir Freiheitliche sind die einzige Kraft in Wien, die diese Themen laufend thematisiert. Wir bleiben auf unseren Forderungen, dass kriminelle Nicht-Österreicher sofort abgeschoben werden müssen und kein Recht mehr auf jedwede Sozialleistungen haben. Zudem muss die Stadt Wien endlich die Auszahlung der Mindestsicherung an Asylberechtigte beenden. Viele hundert Millionen Euro können dadurch eingespart und an Menschen, die mit Armut zu kämpfen haben, umverteilt werden.

Auch wenn Bürgermeister Ludwig noch Integrationsstadtrat Wiederkehr oder Finanzstadtrat Hanke etwas davon hören wollen, werden wir nicht müde, dieses verantwortungslose Verschleudern von Steuergeld öffentlich zu machen und zu kritisieren. Wien als Eldorado integrationsunwilliger Zuwanderer muss besser gestern als heute Geschichte sein!





Bürgermeister Ludwig führte Gespräch mit Kiewer Fake-Bürgermeister Klitschko

Der Wiener SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig hat sich einen noch nie dagewesenen Schnitzer geliefert, der für Wien brandgefährliche Folgen haben könnte. Durch einen sogenannten „Deep Fake“ ist er in die Falle eines Gesprächs mit dem vermeintlichen Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko getappt.

Wiens FPÖ-Chef, Stadtrat Dominik Nepp, ortet hier ein massives Versagen von Seiten des Bürgermeisterbüros und hat Ludwig ein Ultimatum gestellt, die Inhalte des Klitschko-Fake-Videotelefonats zu veröffentlichen. Schließlich besteht der Verdacht des Verrats bzw. der Preisgabe von Staatsgeheimnissen, des Beitrages zum Ausspionieren von Geheimnissen oder der Unterstützung von fremden Geheimdiensten. „Wir wissen nicht, welche strategischen Interessen Wiens der Bürgermeister bei diesem Fake-Gespräch verraten hat. Die Öffentlichkeit hat daher ein Recht darauf zu erfahren, was da gesprochen wurde. Sonst ist eine Anzeige meine staatsbürgerliche Pflicht zum Schutz der Interessen Wiens“, erklärt Dominik Nepp. Besonders ärgerlich ist zudem der Umstand, dass Ludwig in dieser höchst brisanten Zeit, weder die Wiener Stadtregierung noch die oppositionellen Stadträte über so ein Gespräch vorab noch im zeitnahen Nachgang informiert hat, sondern lieber medial inszenieren ließ. Laut Eigenangabe des Bürgermeisters wurden wichtige Themen be-

sprochen. Nach Auffliegen des Fakes hat Ludwig jedoch die schon bekannte 180-Grad-Wende vollzogen und das Gespräch als unverfänglich heruntergespielt. Dieser Widerspruch muss umgehend aufgeklärt werden. „Ludwig wurde Opfer seiner eigenen Eitelkeit. Er verdient sich mit dieser Aktion den Peinlichkeits-Oscar“ ist Dominik Nepp sicher.

Beinahe zeitgleich ist bei dem freiheitlichen Stadtrat ein Schreiben von Bürgermeister Boris Filatov aus der ukrainischen Metropole Dnipro eingelangt. In diesem bedankt er sich dafür, dass sich die FPÖ nicht davor scheut, ukrainische Gewalt in Österreich publik zu machen. Konkret ging es um den Überfall auf einen Wiener Taxilenker durch drei Ukrainer, der von Passanten mitgefilmt wurde.

Dominik Nepp hat das Schreiben an die Staatsanwaltschaft sowie die Wiener Polizei weitergeleitet, die in einem ersten Schritt die Echtheit überprüfen müssen, um dann rechtliche Schritte gegen die Männer einzuleiten. Denn der ukrainische Bürgermeister wusste zu berichten, dass es sich bei den Tätern um amtsbekannte Mitglieder der ukrainischen Mafia handeln würde, von denen weitere Gewalttaten in Wien mehr als denkbar wären. „Das ist die Form von Sicherheitspolitik, die ich mir von Bürgermeister Ludwig wünschen würde“, sagt Nepp.

Die Bedrohung durch den islamistischen Terror ist auch in Österreich real!

Spätestens seit dem islamistisch motivierten Terroranschlag in der Wiener Innenstadt durch den Attentäter Kujtim F., sind radikal-islamische Umtriebe auch in der Bundeshauptstadt zur traurigen Realität geworden. Trotz unzähliger Medienberichte, Reportagen, Vorfälle, Razzien, Verhaftungen und Gerichtsprozesse wird weiterhin der Versuch unternommen, unsere demokratische Gesellschaft zu unterwandern, um von innen heraus eine Verschränkung religiöser und politischer Ziele herbeizuführen.

Über Jahre hinweg konnten sich Islamisten-netzwerke etablieren, doch speziell seit dem syrischen Bürgerkrieg hat sich die Lage massiv verschärft. Wien hat sich dabei als besonders fruchtbarer Nährboden für Hassprediger hervor getan. Hohe Funktionäre der SPÖ, wie etwa der Favoritner Bezirksvorsteher Marcus Franz, besuchen immer noch Moscheen, von denen bekannt ist, dass sie Hasspredigern regelmäßig eine Bühne bieten.

Gleichzeitig verlautbarten Experten des Landesamts für Verfassungsschutz, dass die Is-

lamisten-Szene weiter hochaktiv sei. Es steht völlig außer Frage, dass islamistische Anschläge im Zusammenhang mit der Religion des Islams stehen. Dies gilt im Besonderen für extreme Auslegungsformen des Islams in Gestalt des Islamismus.

Jahrelang hatte die rot-grüne, jetzt die rot-pinke Landespolitik die Gefahren des vor allem in Wien vorhandenen radikalen Islamismus geleugnet, relativiert und als freiheitliche Schauer-märchen abgetan. Doch der islamistische Terror ist nach wie vor allgegenwärtig.

Das zeigt der von der Exekutive vereitelte Anschlag auf den „Vienna City Marathon“ und die Bombendrohungen im Zuge eines Islamistenprozesses gegen die MA56, gegen Gerichte und die Israelitische Kultusgemeinde. Wir Freiheitliche fordern deshalb eine Verschärfung der Terrorgesetze, das Verbot des politischen Islam und eine restriktive Zuwanderungspolitik. Dies sind unaufschiebbare Notwendigkeiten im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und für die Sicherheit der Österreicher



EINLADUNG ZUR **LESUNG AUS**

**„MACHT UND OHNMACHT
IN DER POLITIK“**

StS a.d. Prim. Univ. Prof. Dr. Reinhart **Waneck**

DONNERSTAG

Einlass: 19.00 Uhr

**22.
SEPT**

**IN DER SALA TERRENA
IM FERDINANDIHOFF**

Wehrgasse 30 · 1050 Wien

Anmeldung unter
akademie-wien@fpoe.at
unbedingt erforderlich!

Impressum: Freiheitliche Partei Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien
Es wird darauf hingewiesen, dass am
Veranstaltungsort Fotos und / oder Videos
angefertigt werden und zu Zwecken der
Dokumentation der Veranstaltung
veröffentlicht werden können.

